



kurz berichtet

Gewerkschaft der Polizei - Landesbezirk Rheinland-Pfalz

Ausgabe Juli 2011 – II

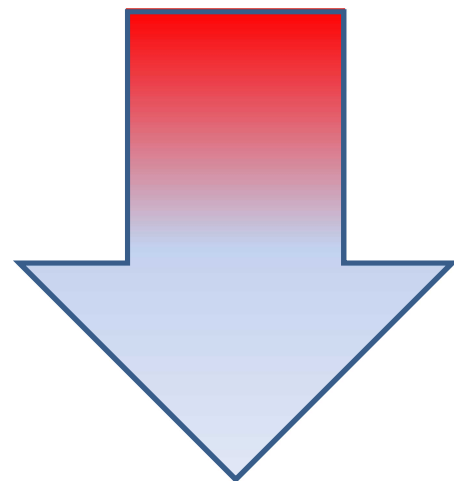
Inhalt:

1. Löhne sind gesunken
2. Beabsichtigte Kürzungen im Bereich der Beamten
3. Versendung von Beihilfebescheiden verzögert sich
4. ELENA eingestellt
5. Info für Tarifbeschäftigte über Meldenachweise der ZBV
6. Neuer Internetauftritt des WSI-Tarifarchivs
7. Europa steht in der Krise am Scheideweg
8. Leserbrief: Dienstrechtsänderungsgesetz

1. Löhne sind gesunken

Nun hat das gefühlte Minus im Portemonnaie auch seine statistische Basis: Die FRANKFURTER RUNDSCHAU berichtet aus einer Studie des DIW (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) über Einkommensvergleiche von vor 10 Jahren und heute. Die Löhne der Geringverdiener sind bis zu 22 % gesunken. Auch höhere Einkommensgruppen haben nur ein Plus von 1 %. Da die Wirtschaft seit 2001 massiv gewachsen ist, der Staat in immer höheren Schulden versinkt ist des Rätsels Lösung: Die Gewinne der Unternehmen und der Vermögenden sind drastisch angestiegen. Wegen der hohen Arbeitslosigkeit kämpften die Gewerkschaften vergeblich gegen die Lohnsenkungen.

Wichtigster Auslöser der Entwicklung ist die rot-grüne Agenda 2010 des ehemaligen Bundeskanzlers Schröder und seines Vizekanzlers Fischer, was viele inzwischen wohl schon wieder vergessen haben. Verwunderlich ist zumindest, dass ausgerechnet die Stones (Steinmeier / Steinbrück) in der öffentlichen Gunst oben stehen. Sie verteidigen ihre Politik gegen die kleinen Leute bis heute als Erfolg.





2. Beabsichtigte Kürzungen im Bereich der Beamten

Sollte der Dienstrechtsänderungsgesetzentwurf der Landesregierung eins zu eins umgesetzt werden, so wäre dies mit erheblichen Einschnitten in der Beamtenbesoldung verbunden. Die nachfolgenden Beispiele zeigen dies auf, sie vergleichen den Stand 2011 (ab 01.04.2011) und die geplanten Änderungen (1%ige Besoldungserhöhung, Familienzuschlag, Beihilfe) zum 01.01.2012.

POK (A 10), 45 Jahre, verheiratet, kein Kind

2011	2012	Unterschied
Grundgehalt, Stufe 10: 3.138,03 €	Grundgehalt, Stufe 10: 3.169,41 €	+ 31,38 €
Familienzuschlag Stufe I: 117,19 €	Familienzuschlag Stufe I: 60,00 € Ausgleichsbetrag: 57,19 € Abschmelzung des Ausgleichsbetrags: 15,85 €	-15,85 €
Vermögenswirksame Leistungen: 6,65 €	Vermögenswirksame Leistungen: 6,65 €, ab 2013: 0,00 €	
Wahlleistung Beihilfe: 13,00€	Wahlleistung Beihilfe: 26,00 €	-13,00 €

Monatlicher Unterschiedsbetrag: Plus 2,53 €

PHK (A 11), 53 Jahre*, verheiratet, kein Kind

2011	2012	Unterschied
Grundgehalt, Stufe 12: 3.590,48 €	Grundgehalt, jetzt Stufe 11: 3.543,85 € Achtung: Stufe 12 nun im 5 Jahres Rhythmus! Nach alter Regelung: 3.626,38 €	-82,53 €
Familienzuschlag Stufe I: 117,19 €	Familienzuschlag Stufe I: 60,00 € Ausgleichsbetrag: 57,19 € Abschmelzung des Ausgleichsbetrags: 17,72 €	-17,72 €
Vermögenswirksame Leistungen: 6,65 €	Vermögenswirksame Leistungen: 6,65 €, ab 2013: 0,00 €	
Wahlleistung Beihilfe: 13,00€	Wahlleistung Beihilfe: 26,00 €	-13,00 €

*Beamte, die vor dem 01.01.2012 das 53. Lebensjahr vollendet haben behalten die Stufe 12.

Monatlicher Unterschiedsbetrag: Minus 113,25 €

Durch die Verlängerung der Stufengewährung entsteht für den am 1.1.2012 53 Jahre alt werdenden PHK ein monatlicher Unterschiedsbetrag von: -113,25 €. Bei Gewährung der Stufe 12 nach alter Rechtslage, wäre wenigstens noch ein minimales Plus von 5,18 € zu verzeichnen gewesen.

Ab 2013 fällt dann noch die Vermögenswirksame Leistung weg, was dann nochmals monatlich mit 6,65 € zu Buche schlägt.

Marco Christen, Kreisgruppe Mayen



3. Versendung von Beihilfebescheiden verzögert sich

Die Zentrale Besoldungs- und Versorgungsstelle hat mitgeteilt, dass über die Gewährung der Beihilfe nach wie vor einen Bescheid zugesandt wird. Leider verzögert sich aufgrund einer Verfahrensenumstellung in einigen Fällen derzeit die Versendung. Der Bescheid wird auf jeden Fall zugestellt.



Wichtiger ist jedoch die Aussage, **dass die Auszahlung hiervon nicht betroffen ist**, diese erfolgt weiterhin unmittelbar nach Berechnung der Beihilfe.

Quelle ZBV

4. ELENA eingestellt

Die Einstellung des ELENA-Verfahrens (Elektronischer Entgeltnachweis) durch die Bundesministerien für Wirtschaft und Arbeit trifft auf Zustimmung des DGB und seiner Gewerkschaften.

Dietmar Muscheid „Gewerkschaften und Datenschützer haben in den letzten Monaten immer wieder heftig kritisiert, dass durch ELENA sensible Daten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weitergegeben werden. Fehltag- oder Streikzeiten wären beispielsweise durch ELENA erfasst worden. Diesem Missbrauch ist jetzt ein Riegel vorgeschoben worden.“

5. Info für Tarifbeschäftigte über Meldenachweise der ZBV

Die OFD – ZBV - verschickt zurzeit an die Tarifbeschäftigten elektronische Meldenachweise zur Sozialversicherung und zur Unfallversicherung betreffend einer Abmeldung bei der zuständigen Krankenkasse. Die Schreiben führen teilweise zu Irritationen. Auf Nachfrage wurde erklärt, dass aufgrund eines neuen EDV-Systems eine Ab- und anschließend wieder eine Anmeldung bei den Krankenkassen erfolgen. Es handelt sich lediglich um ein formelles Verfahren, das keinerlei Auswirkungen auf die bestehenden Sozial- und Unfallversicherungen haben.



Margarethe Relet: „Wir raten den Kolleginnen und Kollegen die Schreiben zu ihren Akten zu nehmen.“



6. Neuer Internetauftritt des WSI-Tarifarchivs

Einen übersichtlichen und raschen Zugriff rund um die Tarifpolitik und die Tarifverträge bietet die Hans-Böckler-Stiftung des DGB.

Das Angebot gliedert sich in drei Hauptbereiche:

Tarifrunden, Statistik, Wer verdient was?

Außerdem gibt es Infos zu folgenden Bereichen:

Veröffentlichungen des WSI-Tarifarchivs,

Pressemeldungen, Tarifpolitik in Europa und Links



Die **Startseite des WSI-Tarifarchivs** ist unter folgender Adresse zu erreichen:
http://www.boeckler.de/index_wsi_tarifarchiv.htm

7. Europa steht in der Krise am Scheideweg,

analysiert **Attac** die aktuelle Lage. Neoliberale nutzen die Krise, um mittels „Schuldenbremsen“ und „Sparpaketen“ den Sozialabbau voran zu treiben. Die Kosten der enormen Finanzkrise werden nach unten, also auf die Kleinen Leute, verteilt.

Nun soll der „Stabilitäts- und Wachstumspakt“ überarbeitet werden: Die „Wettbewerbsfähigkeit“ soll die wichtigste wirtschaftspolitische Spielregel werden. Kürzlich erst hat der Europäische Gerichtshof geurteilt, dass Krankentransporte pp. dem europäischen Wettbewerbsrecht unterworfen werden müssen. Dies sei eine ganz normale Dienstleistung. Auch damit gewinnt wieder der billigste. Auch das führt wieder einmal zu Dumpinglöhnen.



Ernst Scharbach: „*Unsere Gegenvorschläge: Strenge Regulierung der Finanzmärkte, Finanztransaktionssteuer (Tobin-Steuer), europaweite Mindeststandards bei Löhnen und den sozialen Sicherungssystemen (Kranken-, Renten-, Arbeitslosen-Versicherungen) und europaweit koordinierte Besteuerung von Vermögen und Unternehmen. Wir wollen ein Europa für die Bürgerinnen und Bürger!*“

8. Leserbrief: Dienstrechtsänderungsgesetz

„Liebe Kollegen,

nach meiner Rückkehr aus dem Urlaub habe ich mit Entsetzen das Flugblatt über die Gesprächsrunde der GdP mit Finanzminister Kühl gelesen. Ich stelle genauso fassungslos wie ernüchert fest, dass es unseren politisch Verantwortlichen entweder an der Wahrnehmungsfähigkeit fehlt, dass dieses hauptsächlich auf Kürzungen im Besoldungs- und Zulagen-Wesen der Beamtenschaft ausgerichtete Dienstrechts-



änderungsgesetz, genau der falsche Weg ist zu sparen. Werden unsere Entscheidungsträger permanent falsch beraten?

Das Mandat der politischen Entscheidungsträger beinhaltet ganz sicher nicht, die sich von Jahr zu Jahr wiederholende finanzielle Abkoppelung der Beamtinnen und Beamten von der aufsteigenden wirtschaftlichen Entwicklung. Der anhaltend konjunkturelle Aufschwung ist nicht nur bei den Geringverdienern nicht angekommen bzw. vorbeigegangen, sondern im Besonderen auch an den Beamtinnen und Beamten in Rheinland-Pfalz.

Auch für die Einkommen im öffentlichen Dienst gilt der in den Medien an die Politik gerichtete Appell eines Wirtschaftsweisen, notwendige Maßnahmen für eine kontinuierliche, gerechte Verteilung der erwirtschafteten Erfolge auf Alle zu treffen. Was uns mit dem Dienstrechtsänderungsgesetz zugemutet wird, ist genau das Gegenteil von dem was die Wirtschaftsweisen fordern! Mit Blick auf die in den Medien verbreitete Feststellung, dass die durchschnittlichen Einkommen seit der Jahrtausendwende preisbereinigt in einer Phase des wirtschaftlichen Aufschwungs um 2,5 % gesunken sind, ist das, was uns abverlangt wird geradezu ein Hohn und mit nichts zu rechtfertigen!!



In die linke Tasche steckt man uns jährlich ein lächerliches Prozent, um uns aus der rechten Tasche ein Mehrfaches davon wieder herauszunehmen. Für wie einfältig hält denn der Dienstherr seine Beamtinnen und Beamten – und vor allem: Wie geht er mit ihnen um? “

Holger Mönicke, GdP Kreisgruppenvorsitzender LKA

Wir sind an Deiner Seite

Komm jetzt in unsere Gemeinschaft

500.000 Mitglieder in Europa: <http://www.eurocop-police.org/>

170.000 Mitglieder in Deutschland: <http://www.gdp.de/>

7.500 Mitglieder in Rheinland-Pfalz: <http://www.gdp.de/Rheinland-Pfalz>

Unsere Community: <http://www.friends.gdp-bka.de/>

Jetzt die aktuellen Vorteile sichern:

**Erhebliche Vergünstigungen für PSW-Kunden
beim Auto-Kauf oder Buchung der Urlaubsreise!!!**

PSW 06131/96009-23 oder -31

Unser Partner bei Versicherungen: Polizeiversicherungs AG www.pvag.de/

Internetapotheke: <http://gdp-rp.vitaware.de> (ohne "www")

Schwitzkasten Budenheim: 15 % Rabatt auf Tageskarte www.schwitzkasten.de

Kfz-Reparaturen und mehr zu 19% Rabatt: www.autoservice-gessner.de

Funktionsbekleidung unter <http://gdp.mattis-shop.de>

Shop-Login unter outlast@psw-rp.de

Polizeiausrüstung unter <http://gdp.polas24.de>

V.i.S.d.P.: Gewerkschaft der Polizei Rheinland-Pfalz,

Nikolaus-Kopernikus-Str. 15, 55129 Mainz

www.gdp-rp.de

Mail: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de